

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Günter Gloser, Klaus Brandner,
Dr. h. c. Gernot Erler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/4849 –**

Reformprozesse in Nordafrika und Nahost umfassend fördern

A. Problem

Die friedlichen Proteste weiter Teile der Bevölkerung in vielen Staaten Nordafrikas und der arabischen Welt, die in Tunesien und Ägypten zum Rückzug der bisherigen Machthaber geführt und die Tür für demokratische Reformen geöffnet haben, bedeuten für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten zugleich eine historische Chance und eine große Herausforderung. Für die Gegner von autoritärer Herrschaft, staatlicher Willkür und Korruption und politischer Bevormundung in der Region sind europäische Werte und Erfahrungen eine wichtige Orientierung. Um diese Chance zu nutzen, müssen Deutschland und die Europäische Union jedoch bereit sein, ihre bisherige Politik gegenüber den Ländern der Region zu überprüfen und neu auszurichten, wobei die Unterstützung für demokratische Reformen von Hilfen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der überwiegend jungen Menschen in diesen Ländern begleitet werden sollte.

Vor diesem Hintergrund soll die Bundesregierung mit dem vorliegenden Antrag aufgefordert werden, sich zum einen innerhalb der Europäischen Union insbesondere für eine Neuausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, für die Aktualisierung einschlägiger Programme und Projekte zur Unterstützung der Demokratisierungsprozesse, für erleichterten Zugang insbesondere für Agrarprodukte und Dienstleistungen zum europäischen Binnenmarkt sowie für Visaerleichterungen und eine Überprüfung der europäischen Migrationspolitik einzusetzen und zum anderen bilateral konkrete Maßnahmen zur Förderung der Transformationsprozesse und zur Bekämpfung der Armut in Tunesien, Ägypten und anderen Staaten der Region zu ergreifen und dafür zusätzliche Mittel bereitzustellen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/4849 abzulehnen.

Berlin, den 16. März 2011

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Hartwig Fischer (Göttingen)
Berichterstatter

Günter Gloser
Berichterstatter

Marina Schuster
Berichterstatterin

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Hartwig Fischer (Göttingen), Günter Gloser, Marina Schuster, Sevim Dağdelen und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/4849** in seiner 93. Sitzung am 24. Februar 2011 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Innenausschuss, dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die friedlichen Proteste weiter Teile der Bevölkerung in vielen Staaten Nordafrikas und der arabischen Welt, die in Tunesien und Ägypten zum Rückzug der bisherigen Machthaber geführt und die Tür für demokratische Reformen geöffnet haben, bedeuten für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten zu-gleich eine historische Chance und eine große Herausforderung. Für die Gegner von autoritärer Herrschaft, staatlicher Willkür und Korruption und politischer Bevormundung in der Region sind europäische Werte und Erfahrungen eine wichtige Orientierung. Um diese Chance zu nutzen, müssen Deutschland und die Europäische Union jedoch bereit sein, ihre bisherige Politik gegenüber den Ländern der Region zu überprüfen und neu auszurichten, wobei die Unterstützung für demokratische Reformen von Hilfen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der überwiegend jungen Menschen in diesen Ländern begleitet werden sollte.

Vor diesem Hintergrund soll die Bundesregierung mit dem vorliegenden Antrag aufgefordert werden, sich zum einen innerhalb der Europäischen Union insbesondere für eine Neuausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, für die Aktualisierung einschlägiger Programme und Projekte zur Unterstützung der Demokratisierungsprozesse, für erleichterten Zugang insbesondere für Agrarprodukte und Dienstleistungen zum europäischen Binnenmarkt sowie für Visaerleichterungen und eine Überprüfung der europäischen Migrationspolitik einzusetzen und zum anderen bilateral konkrete Maßnahmen zur Förderung der Transformationsprozesse und zur Bekämpfung der Armut in Tunesien, Ägypten und anderen Staaten der Region zu ergreifen und dafür zusätzliche Mittel bereitzustellen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/4849 in seiner 35. Sitzung am 16. März 2011 beraten und

empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/4849 in seiner 49. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/4849 in seiner 39. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/4849 in seiner 33. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/4849 in seiner 29. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/4849 in seiner 34. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/4849 in seiner 31. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 16. März 2011

Hartwig Fischer (Göttingen)
Berichtersteller

Günter Gloser
Berichtersteller

Marina Schuster
Berichterstellerin

Sevim Dağdelen
Berichterstellerin

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstellerin